



Martin Abegglen/CC BY-SA 2.0



Fotomovimiento/CC BY-NC-ND 2.0

Ein Recht auf Gesundheit – in Europa gilt das nicht für alle Menschen

Zeugenaussagen vom Menschenrechtstribunal

Kein Toilettenpapier, dreckige Bettwäsche, kaputte Fenster. Fehlende Gesundheitsversorgung. Kein fließendes Wasser. Physische Gewalt. Psychischer Missbrauch. Arbeiten bis zum Umfallen, doch die Bezahlung fällt aus.

Was wie ein schlechter Film klingt, ist in diesem Moment Realität; in Deutschland, in Spanien, in Griechenland – in Europa. Täglich werden in Geflüchtetenheimen und -camps, aber auch auf Plantagen wie im spanischen Almeria, Menschenrechte verletzt. Das Recht auf Gesundheit sowie physische und psychische Integrität. Migrant*innen und Geflüchtete werden hier behandelt wie Menschen zweiter Klasse. Sie haben keine Privatsphäre, keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung und keine Verfahrensrechte.

„Ich wollte nach Deutschland, weil ich dachte, in Deutschland würde das Rechtssystem geachtet“, Guillermo Ortega Tompson ist ein Mann in mittlerem Alter. Mit seiner Tochter flüchtete er aus Honduras, weil er politisch verfolgt wurde. Im Flüchtlingsheim Horst, in Mecklenburg Vorpommern, erlebt er das Gegenteil von Gerechtigkeit und Integrität. Vor dem Menschenrechtstribunal in Berlin erzählt Tompson von Rassismus und körperlicher Gewalt. Der dunkelhaarige Mann zeigt Bilder seiner mit blauen Flecken übersäten Beine. Medizinische Hilfe bekommt er nicht. Im Gegenteil: je vehementer Tompson versucht, seine

Rechte einzufordern, desto schlechter wird er von Mitarbeitern der Hilfsorganisation Malteser behandelt. Oft bekommt er zu hören, es gäbe kein Toilettenpapier mehr. Als er nach Bettwäsche für seine Tochter fragt, bekommt er ein altes, stinkendes Laken. Immer wieder kommen die Mitarbeiter ohne anzuklopfen in sein Zimmer. Steine fliegen durch die Fenster. Die Situation spitzt sich zu.

„Als ich anfang, die Bedingungen vor Ort zu dokumentieren und Videos davon zu machen, wie man uns behandelte, kam die Polizei. Sie konfiszierten mein Handy und nahmen es mit.“

Als Begründung hätten die Beamten damals angegeben, sie seien unrechtmäßig gefilmt worden, so Tompson. Mittlerweile geht er gerichtlich gegen die Beamten vor. Immer wieder betont er vor dem Menschenrechtstribunal vor allem eins: „Das, was ich hier erzähle, ist nichts Neues. Es passiert genau in diesem Moment. In Horst gehört es zum Alltag.“

Kein Einzelfall ist auch die Geschichte von Sohrab Shirzad. Der junge Mann kommt ursprünglich aus Afghanistan. Vor dem Menschenrechtstribunal zeichnet er ein Bild von seiner Zeit auf Lesbos: „Den Winter verbrachte ich im Zelt; ohne Heizung, ohne Wasser, ohne Strom. Nachts konnte ich nicht schlafen, weil meine Kleidung nass war. Ich habe furchtbar gefroren.“ Während seiner Zeit im Camp geht er mehrfach zur UN, um eine bessere Unterkunft zu bekommen. Diese wird ihm verweigert, weil er ein alleinstehender Mann ist.

Shirzad hat sich im Krieg sein Bein verletzt. Auf Lesbos bricht er sich das andere. Hilflos, ohne die Möglichkeit sich alleine fortzubewegen, wartet er an diesem Tag von 8 bis 13 Uhr bis ihn jemand ins Krankenhaus bringt. Ihm wird der Fuß eingegipst, aber nicht das ganze Bein. Dann schickt man ihn zurück in das Geflüchteten-camp – ohne Krücken. Freund*innen organisieren ihm noch ein Taxi, doch das bringt ihn lediglich bis zum Eingang des Camps. Sein Zelt ist von dort einen Kilometer entfernt. Shirzad muss den gesamten Weg getragen werden.



PLANTAGEN IN ALMERÍA (SPANIEN)

Roger Casas-Alatristero/CC BY-ND 2.0



DEMONSTRATION FÜR DIE ANERKENNUNG VON SANS-PAPIERS – BARCELONA, APRIL 2018

Fotomovimiento/CC BY-NC-ND 2.0

„Ohne Krücken konnte ich nicht einmal alleine zur Toilette gehen“, erinnert sich der junge Mann. Eine Physiotherapeutin erkennt irgendwann seine desolate Situation – sie bringt ihn zu einem privaten Doktor, der ein weiteres Röntgenbild macht und anschließend das gesamte Bein eingipst. Doch auch das andere Bein macht ihm weiter zu schaffen. Zur Toilette gehen ist schmerzhaft und auch so kann er sich kaum alleine bewegen. Abermals beim Arzt erklärt man ihm, das Bein müsse operiert werden. Erst nach langem hin und her darf Shirzad für die Operation nach Athen fahren. Eine Freundin organisiert das Geld für die Operation. „Nach der Operation war ich sehr schwach, trotzdem schickte man mich direkt wieder zurück ins Camp. Ich bekam verschiedene Hautinfektionen. Mir ging es sehr schlecht“, erzählt Shirzad heute. Erst nachdem ihm eine Freundin schließlich eine eigene Unterkunft organisiert, wird sein gesundheitlicher Zustand besser. Von offiziellen Stellen bekommt er zu keinem Zeitpunkt Hilfe.

Dass offizielle Stellen oft versagen, wenn es um die Einhaltung von Menschenrechten geht, bestätigt auch ein Sprecher des Sindicato Andaluz de Trabajadores. Die Gewerkschaft setzt sich für die Rechte afrikanischer Landarbeiter*innen im spanischen Almeria ein. Vor dem Menschenrechtstribunal veranschaulicht er die Situation: „Die Verhältnisse sind mehr als prekär und das Ausmaß der Armut enorm.“ Auf den Plantagen von Almeria arbeiten nach Schätzungen des Vereins 720.000 Migrant*innen Tag und Nacht. Sie schufteten oft mehr als 70 Stunden – bis zum Umfallen. Verdienen tun sie damit jedoch wenig bis gar nichts. „Die Menschen haben

kaum genug Geld um etwas zu essen, geschweige denn sich eine Unterkunft zu leisten oder mit ihren Angehörigen zuhause in Kontakt zu treten.“

Schon vor der Coronavirus-Pandemie sind die Verhältnisse mehr als schlecht. Behausungen, gebaut aus Plastikabfällen und alten Brettern; ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Elektrizität, ohne fließendes Wasser. Viele Landarbeiter*innen haben keine gültigen Papiere, arbeiten schwarz, ohne Arbeitsverträge. Die Arbeit wird nicht dokumentiert. Oft sehen sie keinen Cent von ihrem Lohn. Gerichtlich dagegen vorgehen können die Arbeiter*innen nicht. „Sie werden behandelt wie Menschen zweiter Klasse“, bringt es die Gewerkschaft auf den Punkt. „Zu Hochzeiten der Pandemie, flossen die Gelder der spanischen Regierung in jedes Dorf und jede Gemeinde, aber da wo ohnehin kaum eine Gesundheitsversorgung existierte, kam nie etwas an.“ Im Gegenteil: viele Landarbeiter*innen hätten Bußgelder bezahlen müssen, weil sie während der Ausgangssperre ihre Behausungen verlassen hätten, um Wasser zu holen.

„Es ist unvorstellbar: Anstatt zu helfen, treiben die Behörden dort das Geld ein, wo keines vorhanden ist. Letztens musste ein junger Landarbeiter 1.000 Euro Strafe zahlen, weil er keine Maske trug.“

Das Sindicato Andaluz de Trabajadores unterstreicht immer wieder, dass gerade die sprachliche Barriere oft ein Problem darstellt. Zu Anfang der Covid-19-Pan-

demie haben die Migrant*innen über die neusten gesetzlichen Auflagen nicht Bescheid gewusst. Damals werden sie deshalb als ignorant abgestempelt. Die Polizei scheint die Situation auszunutzen. Monatlang werden Hilfsanfragen ignoriert. Die Behörden sind nicht zu erreichen. Vor dem Menschenrechtstribunal wird vor allem eins deutlich: „Die Bedingungen in Almeria sind unmenschlich. Das ist die bittere Realität; heute – mitten in Europa.“

Drei Geschichten, die nur einen Bruchteil der vielen Menschenrechtsverletzungen aufzeigen, die die gegenwärtige Migrations- und Asylpolitik Deutschlands und der Europäischen Union verursacht. Ziel des Menschenrechtstribunals für das Recht auf Gesundheit, das vom 23.-25. Oktober 2020 in Berlin stattfand, war, auf diese Missstände aufmerksam zu machen und ein Bewusstsein für das Leid zu schaffen, das tagtäglich durch die Politik und die Ignoranz offizieller Stellen verursacht wird. Geschichten wie diese sollten nicht nur zum Nachdenken anregen. Sie müssen zum Handeln bewegen. Es geht um Menschenrechte; um die fundamentalen Rechte eines jeden Individuums. Das Recht auf Gesundheit, auf physische und psychische Integrität.



Lara-Marie Krauß ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der IPPNW-Geschäftsstelle.